

FUTURERE

BILDUNG ZÄHLT



4 **„Wir möchten die Bildungslandschaft in der Metropole Ruhr gemeinsam weiterentwickeln“**

Interview mit Ulrike Sommer und Karola Geiß-Netthöfel



18 **„Bildungsmonitoring hilft, Problemlagen zu erkennen und Prozesse zu optimieren“**

Interview mit Prof. Dr. Isabell van Ackeren



26 **„Monitoring ermöglicht Steuerung und Weiterentwicklung des Bildungssystems“**

Interview mit Prof. Dr. Hans Döbert

8 **„Bildung zählt! Datenbasierte Steuerung in der Metropole Ruhr“**

12 **Mehr Teilhabegerechtigkeit durch Sozialmonitoring**

14 **Daten helfen bei der Gestaltung des Übergangs**

16 **Bessere Chancen und bedarfsorientierte Maßnahmen durch Monitoring**

20 **RuhrFutur, RVR, Kommunen: Gemeinsam für ein regionales Bildungsmonitoring**

22 **Datenmonitoring erfasst Vielfalt und verbessert Studienangebote**



28 **Von der Vergangenheit für die Zukunft lernen**

30 **Bildungserfolg durch Daten stärken und steuern**

32 **Datenschutzbeauftragte sind keine Spielverderber**

34 **RuhrFutur**

35 **Impressum und Bildnachweis**

24 **Bildungsmonitoring: eine kreisweite Aufgabe**

Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,

wenn wir die Qualität unseres Bildungsangebotes weiter verbessern wollen, dann müssen wir Stärken und Schwächen unserer Bildungslandschaft genau kennen. Wir benötigen verlässliches Wissen über unser Angebot und seine Struktur, vor allem aber auch darüber, wie es genutzt wird. Eine solche Transparenz und eine gute Datengrundlage sind für zielgerichtetes Handeln unverzichtbar.

Die Stadt Essen ist sich dieser Zusammenhänge seit Langem bewusst; in der kommunalen Statistikstelle sind deshalb die relevanten Daten ausgewertet und, im Sinne der Steuerungsunterstützung, aufbereitet worden. Gerne hat die Stadt Essen die Chance ergriffen, die Unterstützung, die sich durch das Bundesförderprogramm „Lernen vor Ort“ bot, zu nutzen, um das kommunale Bildungsmonitoring noch weiter zu entwickeln.

Eine reiche Bildungslandschaft wird von zahlreichen Bildungsakteuren gestaltet; sie bringen ihre unterschiedlichen Fachlichkeiten ein und häufig auch unterschiedliche Umgehensweisen in der Datenerfassung und Datenanalyse. Insofern stellt es sich oftmals als eine erste Aufgabenstellung dar, für organisatorisch in unterschiedlichen Händen liegende Bereiche der Bildung eine abgestimmte Datenerfassung zu erreichen, um zu in sich stimmigen Aussagen zur Bildungssituation zu gelangen. Bis – gemeinsam mit allen Akteuren entlang der Bildungsbio-graphie – die Verfahren so eingespielt sind, dass Erfassung, Auswertung und Weiterentwicklung sich als kontinuierlicher Prozess vollziehen, ist also bereits auf kommunaler Ebene eine lange Wegstrecke zu gehen. Diese wird umso hindernisreicher, will man sie mit anderen Kommunen gemeinsam beschreiten.

Dabei ist es aber ein lohnendes Ziel, die stark ineinander verwobene Bildungslandschaft unserer Region in Gänze abbilden zu können: mit allen Bildungsbereichen und allen Akteuren, dem Land und den Kommunen, den Schulen und den Hochschulen, den Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure wie Vereine und Stiftungen.

Ein verlässliches regionales Bildungsmonitoring kann Stärken aufzeigen und Bedarfe deutlich machen; damit kann es zum Ausgangspunkt für Kooperation werden.

Die Tagung „Bildung zählt!“, über die in dieser Ausgabe des Magazins „FUTUR:“ berichtet wird, hat das deutlich gemacht. In den Foren der Veranstaltung wurden unterschiedliche



Ansätze und Instrumente für ein verlässliches Bildungsmonitoring vorgestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung haben über die Möglichkeiten und Grenzen eines kommunalen sowie regionalen Bildungsmonitorings, das Daten der formalen Bildung, etwa aus Kindertagesstätten und Schulen, Daten zur sozialen Lage oder Gesundheit und auch Daten über den Bereich der informellen und nonformalen Bildung einbezieht, diskutiert. Daneben wurden diverse Beispiele vorgestellt, wie Datenerfassung und Datenanalyse in Projekt- und Maßnahmenentwicklung münden können. Hier haben bereits viele Kommunen Vorhaben entwickelt, die auch für die Nachbarstädte interessant sind.

Die Bildungslandschaft in der Metropole Ruhr wird durch einen gemeinsamen Blick, der das kommunale Monitoring ergänzt, noch stärker darin werden, für Kinder und Jugendliche gute Perspektiven zu entwickeln. „Bildung zählt!“ hat hier vorhandene Möglichkeiten aufgezeigt und Impulse gegeben. RuhrFutur, die gemeinsame Bildungsinitiative von Stiftung Mercator, Land, Kommunen und Hochschulen für das Ruhrgebiet, eröffnet die Chance, Ideen gemeinsam weiterzuentwickeln.

Daher ist Essen mit Überzeugung Partner der Initiative RuhrFutur geworden, die sich dafür einsetzt, die Bildungszugänge und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in der Metropole Ruhr zu verbessern.

Ihr

Reinhard Paß
Oberbürgermeister der Stadt Essen



„Wir möchten die Bildungsland-
schaft in der Metropole Ruhr
gemeinsam weiterentwickeln“

Karola Geiß-Netthöfel, Direktorin des Regionalverbands Ruhr, und Ulrike Sommer, Geschäftsführerin von RuhrFutur, über regionales Bildungsmonitoring, ihre Zusammenarbeit und Schritte auf dem Weg zu einer regelmäßigen regionalen Bildungsberichterstattung.

Frau Geiß-Netthöfel, der Regionalverband Ruhr (RVR) ist ein Regionalentwicklungsverband und eine Regionalplanungsbehörde. Warum und in welcher Art und Weise beschäftigt sich der RVR mit dem Thema Bildung?

Karola Geiß-Netthöfel: Bildung ist eine zentrale Grundlage, damit Menschen an der Gesellschaft teilhaben können und integriert sind. Zudem sind Bildungsangebote und Qualifikationen der Menschen wichtige Standortfaktoren und damit entscheidende Zukunftsressourcen für die Metropole Ruhr im Wettbewerb der europäischen Regionen.

Das Thema Bildung hat beim RVR im Lauf der Jahre immer mehr an Bedeutung gewonnen. Als Regionalentwicklungsverband erstellt der RVR auf Basis seiner Geoinformationssystem- und Statistik-Datenbanken regionale Analysen zu Themen wie Demografie, Wirtschaft und Gesundheit. Diese Informationssysteme erweitert der RVR schrittweise um das Thema „Bildung“. Mit den Bildungsforen Ruhr und dem Wissensgipfel Ruhr bieten der RVR und seine Partner schon jetzt regionale Plattformen für Austausch und Vernetzung.

Frau Sommer, RuhrFutur möchte das Bildungssystem im Ruhrgebiet verbessern und setzt sich für Chancengleichheit ein. Sie haben mit dem RVR zur Tagung „Bildung zählt! Datenbasierte Steuerung in der Metropole Ruhr“ eingeladen. Warum braucht man Daten, um das Bildungssystem zu verbessern?

Ulrike Sommer: Wer ein leistungsfähiges Bildungssystem und mehr Bildungsgerechtigkeit will, benötigt zwingend Daten und ein gutes Monitoring. Ein klug aufgesetztes Monitoring ist zunächst einmal Voraussetzung für eine differenzierte Analyse der – kommunalen oder regionalen – Bildungslandschaft: Was funktioniert gut? Wo zeigen sich positive Entwicklungen? Wo besteht Handlungsbedarf? Auf der Grundlage einer solchen Analyse können dann politische Entscheidungen getroffen und Handlungskonzepte entwickelt werden: Welche Ziele sollen verfolgt, welche Ressourcen eingesetzt werden? Und noch ein Argument spricht für das Monitoring: Es stärkt das Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung unterschiedlicher Akteure für das Gelingen von Bildungsbiografien und gibt damit wichtige Anstöße für bereichs- und akteursübergreifende Kooperationen.

Frau Geiß-Netthöfel, was verstehen Sie unter dem Begriff Bildungsmonitoring?

Karola Geiß-Netthöfel: Bildungsmonitoring ist ein zentrales Instrument, mit dessen Hilfe Verantwortliche aus der Politik, Verwaltung und Praxis wissensbasiert Entscheidungen im Bildungswesen treffen können. Wichtig ist, dass auch die soziale Lage von Menschen und stadträumliche Aspekte berücksichtigt werden, weil diese maßgebliche Auswirkungen auf die Bildungs- und Teilhabechancen haben können.



Welche Rolle spielt das Bildungsmonitoring für die Metropole Ruhr, den RVR und RuhrFutur?

Ulrike Sommer: Das Ruhrgebiet ist der größte Ballungsraum Deutschlands und eine der größten Agglomerationen in Europa. Die Lebensräume der Menschen in diesem Ballungsraum machen – wie in vielen anderen Bereichen – auch in puncto Bildung nicht etwa an Stadtgrenzen Halt. Das ist ein Grund, warum Bildungsmonitoring nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf regionaler Ebene sinnvoll ist. Zum anderen gilt: Zweifellos ist jede Stadt in der Metropole Ruhr einzigartig und besonders. Dennoch gibt es strukturelle Herausforderungen, die den Kommunen in der Region mehr oder weniger gemeinsam sind – wie zum Beispiel eine starke soziale Polarisierung, die sich auch auf die Bildungschancen auswirkt. Auch dies spricht dafür, die Metropole Ruhr, wie es im Bildungsbericht Ruhr heißt, als gemeinsamen Verantwortungsraum zu verstehen und die Bildungsregion Ruhr datenbasiert weiterzuentwickeln.

Karola Geiß-Netthöfel: Das Bildungsmonitoring hilft der Region, fundiert Handlungsbedarfe festzustellen. Daraus lassen sich im nächsten Schritt konkrete Maßnahmen ableiten, die helfen, die



Entwicklungspotenziale der Region auszuschöpfen. Der Bildungsbericht Ruhr hat uns gezeigt, dass wir noch mehr dafür tun müssen, allen Kindern dieselben Chancen zu ermöglichen, und da können wir nun ansetzen. Als erste Region in Deutschland haben wir einen kommunenübergreifenden Bildungsbericht vorgelegt. Damit haben wir die Chance, zu einer Modellregion zu werden.

Welches Ziel wird mit dem Bildungsmonitoring in der Metropole Ruhr verfolgt?

Karola Geiß-Netthöfel: Mit dem Bildungsmonitoring in der Metropole Ruhr beabsichtigt der RVR, das eigene, vorhandene Know-how besser zu nutzen, das Thema Bildung zu stärken und eine Kontinuität der regionalen Berichterstattung sicherzustellen. Nicht zuletzt können die Kommunen zum Beispiel auch den gemeinsam erarbeiteten Indikatorenkatalog für ihre eigenen Aktivitäten nutzen. Gleichzeitig ermöglicht dies eine flächendeckende Bildungsberichterstattung auf der Grundlage einer abgestimmten Methodik.

Ulrike Sommer: Als gemeinsame Bildungsinitiative von Stiftung Mercator, Land, Kommunen und Hochschulen für das Ruhrgebiet hat RuhrFutur sich das Ziel gesetzt, die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems im Ruhrgebiet zu verbessern und mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Ein regionales Monitoring zeigt nicht nur Handlungsbedarfe auf, sondern macht auch nachvollziehbar, was sich verändert und welche Interventionen erfolgreich sind.

Frau Sommer, welche Aufgaben übernimmt RuhrFutur beim regionalen Bildungsmonitoring?

Ulrike Sommer: Der RVR und seine Mitgliedskommunen sind die Akteure, die entscheiden. RuhrFutur – und das bedeutet in diesem Fall ganz konkret: die Geschäftsstelle mit Billigung durch die Steuerungsgruppe der Bildungsinitiative – bringt ihr Know-how im Bereich Daten und Analyse ein. Zudem gibt es ein Budget, mit dem die Entwicklung eines regionalen Bildungsmonitorings unterstützt werden kann.

Woran arbeitet der RVR ganz konkret, Frau Geiß-Netthöfel?

Karola Geiß-Netthöfel: Der RVR konzipiert die Grundlagen für eine kontinuierliche regionale Bildungsberichterstattung. Dabei geht es auch darum, diese Arbeit in die bereits vorhandenen Strukturen der Regionalstatistik Ruhr zu integrieren. Hierzu stimmt sich der RVR eng mit Expertinnen und Experten aus den Kommunen ab. Ganz konkret arbeitet der RVR gemeinsam mit seinen Partnern wie RuhrFutur in der AG Bildungsmonitoring. In dieser Gruppe kommen kommunale Fachleute zusammen, um sich auszutauschen und zu vernetzen. Derzeit entwickelt die AG einen regionalen Indikatorenkatalog mit dem Ziel, eine flächendeckende regionale Bildungsberichterstattung einzuführen.

Welches sind die nächsten Schritte?

Karola Geiß-Netthöfel: Um zu einer qualitativ und quantitativ aussagekräftigen regionalen Bildungsberichterstattung zu kommen, führt der RVR demnächst Gespräche mit kommunalen Expertinnen und Experten. Ergänzt werden diese durch eine standardisierte Befragung zum Status des kommunalen



Bildungsmonitorings. Dadurch sollen Organisationsstrukturen herausgearbeitet werden, die sich in den Kommunen bewährt haben.

Mittelfristig möchte der RVR eine regelmäßige regionale Bildungsberichterstattung erreichen. Hiermit sollen wichtige Themen identifiziert und zentrale Handlungsfelder abgeleitet werden, um so zu einem abgestimmten regionalen Handeln zu kommen.

Ulrike Sommer: Im Rahmen der Bildungsinitiative gibt es darüber hinaus noch ein weiteres Vorhaben, das dazu beitragen wird, die Datengrundlage für ein regionales Bildungsmonitoring im Bereich Hochschule zu verbessern. Die fünf RuhrFutur-Hochschulen – die Ruhr-Universität Bochum, die Technische Universität und die Fachhochschule Dortmund, die Universität Duisburg-Essen und die Westfälische Hochschule – haben sich entschieden, beginnend mit dem Wintersemester 2015/2016 eine gemeinsame Studierendenbefragung durchzuführen. Ziel ist es, mehr über Herkunft, Studienmotivation und Studienverläufe der Studierenden zu erfahren. Auch dabei geht es um die Gewinnung steuerungsrelevanten Wissens für die Bildungsregion.

Wie sieht die weitere Zusammenarbeit von RVR und RuhrFutur aus?

Karola Geiß-Netthöfel: Die Weiterentwicklung des regionalen Bildungsmonitorings auf Basis des Indikatorenkatalogs ist nur ein gemeinsames Vorhaben. Darüber hinaus entwickeln wir derzeit gemeinsam eine Onlineplattform, auf der kommunale und regionale Bildungsprojekte dargestellt werden sollen. Die Vernetzung der Bildungsregion möchten wir gemeinsam fördern: Das kann durch die Projektentwicklung bei wichtigen regionalen Themen geschehen, durch den Aufbau regionaler Bildungslandschaften oder Präventionsketten sowie durch regionale Veranstaltungen.

Ulrike Sommer: Die enge Zusammenarbeit mit dem RVR ist für RuhrFutur eine wesentliche Voraussetzung, damit die gemeinsamen Anstrengungen der Bildungsinitiative Nachhaltigkeit erlangen. Auch langfristig sollte es eine Perspektive für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in der Metropole Ruhr geben.

Frau Geiß-Netthöfel und Frau Sommer, vielen Dank für das Gespräch.

„Bildung zählt! Datenbasierte Steuerung in der Metropole Ruhr“

Welche Bedeutung hat Bildungsmonitoring für Kommunen, für die Metropole Ruhr und für das Land Nordrhein-Westfalen? Welche Daten sind für ein Monitoring wichtig und welche Rolle spielt die Öffentlichkeit? Über diese und andere Fragen sprachen Karola Geiß-Netthöfel, Direktorin des Regionalverbandes Ruhr, Ludwig Hecke, Staatssekretär im Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Uli Paetzel, Bürgermeister der Stadt Herten, und Ulrike Sommer, Geschäftsführerin von RuhrFutur, auf dem Podium der Tagung.

Warum ist Bildungsmonitoring – auf kommunaler wie auf regionaler Ebene – wichtig?

Ludwig Hecke: Wir finden es sehr gut, dass es in vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen ein Bildungsmonitoring gibt. Zunächst brauchen die Kommunen klare Fragestellungen, die sie mit dem Monitoring beantworten möchten. So wird vermieden, dass Datenfriedhöfe entstehen, und gleichzeitig wird Handlungs- und Steuerungswissen für Politik und Verwaltung bereitgestellt. Wir unterstützen die Kommunen beim Bildungsmonitoring, indem wir ihnen, wo es möglich ist, Daten zur Verfügung stellen. Es gibt aber kein landeszentrales Vorgehen, weil wir glauben, dass das zum Scheitern verurteilt ist. Wir machen den Kommunen zum Bildungsmonitoring inhaltlich auch keine Vorgaben, vielmehr soll über die Fragestellungen eines Monitorings vor Ort entschieden werden.

Dr. Uli Paetzel: Für ein Bildungsmonitoring ist eine strategische Zielsetzung Voraussetzung. Die Zielsetzung politischer Natur muss sein, Chancengleichheit zu erreichen und Kindern, egal welcher Herkunft, Zugang zur Bildung zu ermöglichen. Das wird nicht allein durch Bildungsmonitoring möglich, aber es ist ein wichtiges Instrument, das wir nutzen müssen. Dafür brauchen wir als „arme Stadt“ jedoch auch finanzielle und personelle Mittel, die wir nicht haben. Von einem Bildungsmonitoring erwarte ich, dass wir beispielsweise neue Erkenntnisse gewinnen und so unsere Grundsatzstrategie für Bildung justieren können. Damit können wir besser und effizienter unsere Maßnahmen vor Ort umsetzen. Wünschenswert wäre eine Gesamtstrategie für das Land – und nicht immer nur kurzzeitige Projekte. Das hätte auch den Vorteil, dass man da, wo es ähnliche Probleme gibt, schauen kann, welche Konzepte erfolgreich waren und gegebenenfalls für die eigene Kommune übernommen werden können.

Karola Geiß-Netthöfel: Ein regionales Bildungsmonitoring ist wichtig, weil die Probleme in den Kommunen und Städten der Metropole Ruhr absolut vergleichbar sind. Der erste Bildungsbericht Ruhr hat uns deutlich gemacht, dass wir von Bildungs- und Chancengerechtigkeit noch weit entfernt sind. Unser Ziel ist es, dass wir den Jugendlichen hier in der Region eine Chance geben und gleichzeitig der Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stellen. Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen, um erfolgreich zu sein – anders geht es nicht. Für das Bildungsmonitoring ist es wichtig, nicht Daten um ihrer selbst willen zu sammeln, sondern sie gezielt zu analysieren, um dann aktiv handeln zu können – und mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Welche Daten sollten für ein Bildungsmonitoring zur Verfügung gestellt werden?

Ludwig Hecke: Die Daten der Vergleichsarbeiten VERA sind ein Instrument der Unterrichtsentwicklung und keines des Bildungsmonitorings. Deswegen werden wir diese Daten auch zukünftig nicht landeszentral zur Verfügung stellen. Sie gehen an die Schulen, damit die Lehrer dort wissen, wie ihre Schüler im Vergleich zu anderen stehen. Würden wir die Daten generell freigeben, hätte laut dem Informationsfreiheitsgesetz jeder das Recht, diese Daten einzusehen. Wir wollen die Daten zur Unterrichtsentwicklung nutzen und keine Schule öffentlich bloßstellen oder gegenüber anderen lobend hervorheben.

Was die Schülerindividualdaten angeht, so fährt das Land Nordrhein-Westfalen bisher eine andere Politik als andere Bundesländer. Viele fordern die Erhebung dieser Daten, damit Wirkungszusammenhänge und Verläufe in den Bildungsbiografien erfasst werden können. Über die Erhebung der Individualdaten gibt es in NRW seit zwei bis drei Jahren eine intensive Diskussion mit

Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Uli Paetzel, Bürgermeister Stadt Herten
Ulrike Sommer, Geschäftsführerin RuhrFutur



dem Landesdatenschutzbeauftragten. Solange er seine Position aufrechterhält, dass die Schülerindividualdaten aus datenschutzrechtlichen Gründen in Nordrhein-Westfalen nicht erhoben und miteinander verknüpft werden dürfen, kommen wir an der Stelle nicht weiter. Wir müssen ihn überzeugen und das rechtlich einwandfrei klären.

Ulrike Sommer: Die Bildungsinitiative RuhrFutur verfolgt einen biografieorientierten Ansatz. Wir fangen mit der frühkindlichen Bildung an und gehen bis zur Hochschule. Uns interessieren daher die Daten, die es zu diesen Bereichen gibt. Uns interessieren aber auch die Übergänge, weil es ja oft genau die sind, die zu Bruchpunkten von Bildungsbiographien werden. Bildungsmonitoring trägt dazu bei, den Blick auf das gesamte Bildungssystem und auf Bildungsverläufe zu richten und nicht nur auf einzelne, oft recht versäulte Bereiche zu schauen.





Wichtig ist, dass es beim Bildungsmonitoring nicht um ein Ranking von Kommunen, Einrichtungen oder Akteuren geht. Worum es geht, ist dass die Akteure voneinander lernen können, dass nicht immer neue Lösungsstrategien für das gleiche Problem in die Welt gesetzt werden müssen, dass Ressourcen schonend und vor allem zielgerichtet eingesetzt werden. Deswegen sollte man schauen, was an der einen Stelle schon funktioniert, und ob und wie sich passende Produkte oder Projekte nicht auch transferieren lassen. Uns geht es um Nachhaltigkeit, denn viele Akteure in der Bildungslandschaft – nicht nur des Ruhrgebiets – leiden unter der kurzfristigen „Projektitis“. Da werden Leuchttürme aufgebaut, bei denen aber oft schon nach wenigen Jahren das Licht wieder ausgeht.

Welche Rolle spielt die Öffentlichkeit beim Bildungsmonitoring?

Dr. Uli Paetzel: Ich glaube, dass ein lokales Bildungssystem nur funktionieren kann, wenn man die Akteure einbezieht, und dazu gehören unter anderem Eltern und Schüler. Wichtig ist, dass man kommuniziert und transparent darstellt, was bei einem Bildungsmonitoring gemacht werden soll. In Herten laden wir beispielsweise ganz breit gestreut zu öffentlichen Veranstaltungen ein. Wir versuchen immer, alle Akteure an einen Tisch zu holen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass das problemlos funktioniert – sogar Kommunen übergreifend. Natürlich müssen die Ergebnisse des Monitorings genauso transparent dargestellt werden – auch wenn es schwierige Ergebnisse sind. Diese muss ich zur Kenntnis nehmen, um eine Strategie abzuleiten, um weiterzukommen und die Realität zu verändern.

Ludwig Hecke: Es geht nicht darum, der Öffentlichkeit einfach nur die Daten zu geben und sie damit allein zu lassen. Entscheidend ist, die Maßnahmen und die Schlussfolgerungen aus den

Berichten und dem Monitoring öffentlich zu diskutieren und zu kommunizieren. Das funktioniert meiner Erfahrung nach gut.

Ulrike Sommer: Transparenz herzustellen ist eine der zentralen Zielsetzungen des Bildungsmonitorings – auf kommunaler wie auch auf regionaler Ebene. Natürlich können durch ein Bildungsmonitoring auch Probleme oder Fehlentwicklungen sichtbar werden. Zugleich dokumentiert das Monitoring aber auch gelingende Prozesse – welche Maßnahmen und Interventionen hatten Erfolg und haben Wirkung gezeigt? Beides ist ein wesentliches Argument, die Dinge öffentlich zu machen. Wir müssen über die Handlungsbedarfe wie auch über die Erfolge reden – insbesondere mit der Öffentlichkeit.

Ist die Metropole Ruhr eine Vorreiterin in Sachen Bildungsmonitoring oder kann sie zu einem Vorbild werden?

Karola Geiß-Netthöfel: Ja, das glaube ich schon. Das zeigen die Diskussionen und Veranstaltungen, die wir zu dem Thema bereits hatten, und auch diese Tagung, zu der so viele Interessierte gekommen sind. Vorbildlich ist auch, dass die Metropole Ruhr den ersten regionalen Bildungsbericht überhaupt erstellt hat – ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem regionalen Bildungsmonitoring. Damit kann sie tatsächlich zu einer Referenzregion und zu einem Vorbild werden.

Dr. Uli Paetzel: Ich glaube, es geht gar nicht unbedingt um eine beneidenswerte Vorbildregion, sondern eher darum, dass sich die kommunalen Praktiker mit den Beteiligten in den verschiedenen Projekten zusammensetzen und den weiteren Weg gemeinsam erarbeiten. Das funktioniert schon sehr gut. Wir sind da auf dem richtigen Weg.



Ulrike Sommer: Das sehe ich auch so. Ich würde mir aber wünschen, dass es ein klares Bekenntnis für die Bedeutung eines Monitorings auf regionaler Ebene gäbe: Die Lebensräume der Menschen in der Metropole Ruhr machen auch in puncto Bildung nicht an Stadtgrenzen halt. Das spricht dafür, das Ruhrgebiet auch in dieser Hinsicht als einen gemeinsamen „Verantwortungsraum“ zu verstehen und die Bildungsregion Ruhr gemeinsam datenbasiert weiterzuentwickeln. Ich wünsche mir daher auch, dass die Kommunen, vor allem aber die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte sagen, dass sie ein regionales Bildungsmonitoring brauchen und haben möchten. Dadurch bekäme das Thema mehr Gewicht und das würde uns alle in dem Prozess richtig voranbringen.

Welche Unterstützung gibt es vom Land beim Bildungsmonitoring und wie sieht es mit einem Sozialindex für Schulen und andere Bildungseinrichtungen aus?

Ludwig Hecke: Die Kommunen bekommen zum Beispiel Daten von uns. Da wir den Gleichbehandlungsgrundsatz haben, können wir nicht einige Kommunen anders behandeln als andere. Wir haben in kleinerem Umfang bereits einen Sozialindex. Im Bereich Inklusion und Hauptschulen

gibt es beispielsweise bereits Stellenzuweisungen, die von sozialen Indikatoren gesteuert werden. Wir als Landesregierung haben auch vor, dies auf einen deutlich größeren Bereich auszuweiten. Aber die Projekte, die gemeinsam verabredet worden sind, wie Inklusion, Schulkonsens und mehr Ganztags und so weiter, sind bei den vorhandenen Ressourcen vorrangig gegenüber einem Sozialindex. Denn das alles sind Maßnahmen, die ja genau da greifen, wo sozial Benachteiligte sind.

Dr. Uli Paetzel: Dass das Land nicht in der Lage ist, Ungleiches auch ungleich zu behandeln, können wir uns meiner Meinung nach nicht länger erlauben. Wir wissen durch Bildungsmonitoring, dass es dramatische soziale Schief lagen und auch Bildungsschief lagen gibt. Und trotzdem hat jede Schule ungefähr die gleiche Anzahl an Lehrkräften und eine ähnliche Finanzausstattung. Bisher kriegen wir es nicht hin, eine deutlich andere Ausstattung der benachteiligten Regionen gesamtgesellschaftlich zu organisieren. Aber genau die brauchen wir, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Ludger Trepper, Stadt Lünen

Ein Bildungsmonitoring auf kommunaler Ebene ist ein Gewinn. Denn damit kann man gezielt schauen, wo es ähnlich gelagerte Themen in den Kommunen gibt, und im nächsten Schritt überlegen, ob man erfolgreiche Konzepte voneinander übernimmt. So lassen sich mögliche Probleme der Kommunen effektiv lösen. In Lünen haben wir die Erfahrung gemacht, dass es nicht nur entscheidend ist, die Daten kontinuierlich zu erheben, sondern die Kunst auch darin besteht, die relevanten Daten überhaupt erst mal zu finden. Wichtig finde ich, dass zukünftig ebenfalls die informelle Bildung berücksichtigt wird, denn Kinder lernen auch außerhalb der Bildungsinstitution sehr viel – aber dazu gibt es oft keine Daten.

Mehr Teilhabegerechtigkeit durch Sozialmonitoring

Auf Grundlage eines Sozialmonitorings kann die Stadt Gelsenkirchen Strategien entwickeln, um die Chancen aller Kinder zu erhöhen, an der Gesellschaft teilzuhaben, um sich bestmöglich zu entwickeln. Die Analyse der Daten hilft festzustellen, wo besonderer Handlungsbedarf besteht, und dort passgenaue und zielgruppenspezifische Unterstützung anzubieten.

Seit drei Jahren beteiligt sich Gelsenkirchen als eine von 18 Kommunen an der Initiative „Kein Kind zurücklassen!“. Ein wesentliches Ziel des Modellvorhabens ist es, allen Kindern eine faire Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu geben und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern. Aber: Wie sehen die Partizipationsmöglichkeiten der Kinder derzeit in Gelsenkirchen aus? In welchen Stadtteilräumen drohen Mädchen und Jungen zurückgelassen zu werden und brauchen deshalb besondere Unterstützung?

Um diese und weitere Fragen zu beantworten und die Teilhabe aller Kinder zu stärken, hat die Stadt Gelsenkirchen ein entsprechendes Monitoringverfahren aufgebaut. Dies soll nicht nur Auskunft über die Lebenslagen von Kindern im sozialräumlichen Vergleich geben, sondern auch als systematische Informations- und Steuerungsgrundlage für die gesamtstädtische strategische Planung und Politik dienen. „Das Sozialmonitoring ist eine Art Frühwarnsystem“, erklärte Silvia Bader, Referentin von der Stadt Gelsenkirchen. Es zeigt an, wie die Lebenslagen der Menschen in den Räumen aussehen, wo besonderer Handlungs- und Förderbedarf besteht, und hilft der Stadt, die vorhandenen Ressourcen dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. In Gelsenkirchen wird Prävention als ressortübergreifende Aufgabe verstanden, die das gesamtstädtische Handeln grundlegend bestimmt. Die Eröffnung von fairen Teilhabechancen für alle Kinder ist in Gelsenkirchen eine Querschnittsaufgabe, folgt dem Strukturprinzip der gemeinsamen Verantwortung und betrifft die gesamte Stadtverwaltung.

Deswegen wurde die „Kordinierungsstelle Kommunale Prävention“ eingerichtet. Sie ist als Stabsstelle im Vorstandsbereich des Oberbürgermeisters angegliedert und dafür zuständig, kommunale Präventionsangebote strategisch und operativ weiterzuentwickeln. Durch sie wird das sozialräumliche, ressortübergreifende Planen und Handeln koordiniert und unterstützt. Im Rahmen der ressortübergreifenden Kooperation haben nahezu alle Planerinnen und Planer ressortübergreifend einen Indikatorenkatalog und ein Monitoringsystem entwickelt; dafür werden die Daten aus den unterschiedlichen Ressorts zur Verfügung gestellt.

Gemeinsam mit ihrer Kollegin Dagmar Eckart präsentierte Silvia Bader den rund 35 Teilnehmenden, darunter Vertreter aus den Kommunen und der Landesregierung, den „Partizipationsindex – Teilhabechancen von Kindern“. Dieser ist der erste fertige Index von vielen weiteren, die zum Sozialmonitoring gehören und schrittweise ressortübergreifend entwickelt werden. Vorbeugung, die vom Kind aus gedacht wird, muss dort ansetzen, wo Kinder leben – in ihrem Stadtteil/ihrem Sozialraum. Um kein Kind zurückzulassen, ist es umso wichtiger, die Lebenslagen, Ausgangsvoraussetzungen und Teilhabechancen Gelsenkirchener Kinder und dadurch auch die entsprechenden Handlungsbedarfe sozialraumscharf abzubilden. Der „Partizipationsindex – Teilhabechancen von Kindern“ hat das Ziel, dies in einem komprimierten Monitoringverfahren auf der Stadtteilebene zu tun.

Auf der Ebene „Strategische Handlungsfelder“ (gesellschaftliche Teilhabechancen von Kindern) werden Indikatoren zu einem Wert gebündelt und weisen dadurch anschaulich, kompakt und übersichtlich auf problematische Strukturen und positive Veränderungen in der Stadt hin.

Über verschiedene Teilindizes, zum Beispiel über die wirtschaftliche Lage, die Bildungsbeteiligung und die Gesundheitsbedingungen, will er Auskunft zur Teilhabe und Benachteiligung der Kinder geben. Für jeden Teilindex werden verschiedene Indikatoren angeschaut. Um Gesundheitsbedingungen abzubilden, werden die Übergewichtsquoten, die Zahngesundheit und die Teilnahmequoten an den U8- und U9-Untersuchungen zum Beispiel im Zeitvergleich analysiert. Die umfangreichen Daten werden zusammengestellt, statistisch gewichtet, standardisiert und schließlich auf die 18 Sozialräume und Bezirke in Gelsenkirchen kartiert. Anhand der entstandenen Karten wird deutlich, in welchen Räumen Kinder gute oder weniger gute Teilhabechancen haben. Die Ergebnisse und eine erste Bestandsanalyse liefern valide Daten und Informationen für den Verwaltungsvorstand, die Fachverwaltung, Politik und Öffentlichkeit. Sie dienen als Grundlage für die





weitere Strategieentwicklung und Ressourcensteuerung. „Bei großen Diskrepanzen zwischen den Gebieten hat die Verwaltung so eine Grundlage, um einen Handlungsbedarf für die Politik vorzuschlagen. Wir haben den Partizipationsindex in den politischen Ausschüssen und Bezirksvertretungen der Stadt vorgestellt. Die durchweg positive Resonanz zeigte, dass die Informationen als Entscheidungs- und Argumentationsgrundlage ankommen und ernst genommen werden“, betonte Referentin Dagmar Eckart.

Das Monitoring gibt Auskunft, wo Handlungs- und Optimierungsbedarfe bestehen. Damit ist es ein entscheidender Ausgangspunkt, um konkrete Maßnahmen und integrierte Handlungskonzepte für die betreffenden Sozialräume zu erarbeiten. Dies geschieht vor Ort in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren, die die Lebenswelten von Kindern beeinflussen. Sie reichen von Lehrkräften, Erziehern über Vertreter von Sport- und Kulturvereinen, über Mitarbeiter von Jugendämtern, Kinderärzten bis hin zu Migrantenselbstorganisationen. Seit 2005 hat Gelsenkirchen bereits zahlreiche Maßnahmen entlang einer Präventionskette aufgebaut, damit Kinder und ihre Familie von der Geburt bis zum Berufseinstieg begleitet werden und die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und gute Entwicklungsmöglichkeiten haben. Im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“ wurden in einem Pilotquartier (Schalke) Bedarfslücken in der Kette analysiert und darauf aufbauend neue Maßnahmen, wie zum Beispiel der Bildungsverbund und das Programm „Jedes Kind kann schwimmen und Fahrrad fahren lernen“ entwickelt.

Dass das Monitoring ein wichtiger Baustein für mehr Teilhabe und Chancengleichheit ist, weil darauf aufbauend zielgruppenspezifische wirkungsvolle Konzepte entwickelt werden, betonte auch Teilnehmerin Uta Klinkers, Leiterin der Gruppe „Politische Planung“ in der Staatskanzlei NRW: „Natürlich wird vieles immer nur qualitativ sichtbar sein, aber ein Monitoring auf der Basis integrierter, ressortübergreifender Zusammenarbeit in einer Kommune ist schon ein sehr positiver Schritt in die richtige Richtung.“



Daten helfen bei der Gestaltung des Übergangs

Die Städte Essen und Dortmund bauen ein Übergangsmoitoring auf und nutzen die Ergebnisse, um das Übergangsmanagement zu verbessern und den Jugendlichen einen guten Einstieg von der Schule in den Beruf zu ermöglichen.



Der Übergang von der Schule in den Beruf ist oft mit Schwierigkeiten verbunden. Damit dabei keine Potenziale verloren gehen, niemand zurückgelassen wird und Jugendliche die Chance haben, bestmöglich in den Beruf einzusteigen, muss diesem Bereich besondere Aufmerksamkeit zukommen. Unter dem Motto „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hat die Landesregierung im „Ausbildungskonsens NRW“ mit den Spitzen aus Wirtschaft und Gewerkschaften, Kommunen und Arbeitsverwaltung in NRW ein Vorhaben mit dem Ziel ins Leben gerufen, dass alle Schülerinnen und Schüler nach der Schule ohne Umwege oder Unterbrechungen in die Ausbildung oder das Studium gelangen. Als erstes Flächenland führt NRW deshalb seit 2012 ein landesweit einheitliches effizient gestaltetes System für den Übergang ein. Damit das gelingt, müssen viele Akteure zusammenarbeiten – vor allem die Kommunen nehmen dabei eine zentrale Rolle ein, weil das Landesvorhaben in allen Kommunen umgesetzt und kommunal koordiniert wird. Zwei Vertreterinnen aus Essen und Dortmund stellten im Forum vor, wie im Rahmen des kommunalen Übergangsmanagements die Datengrundlage verbessert wird.

„Damit wir als Kommunen den Übergang optimaler gestalten können, brauchen wir eine bessere Datengrundlage“, sagte Referentin Andrea Schattberg von der Stadt Essen. „Nur so ist es möglich, Bildungsverläufe abbilden, planen und steuern zu können und keinen Jugendlichen zu verlieren.“ Um eine übersichtliche und handhabbare Datenbasis für die Schulentwicklung zu bekommen, arbeitet die Stadt Essen bereits mit der Schulverwaltungssoftware „SchILDzentral“. Dort sind Schülerstammdaten hinterlegt, aber auch Anmeldezahlen für die Grundschulen und weiterführenden Schulen. Um Übergangsdaten zu erfassen, mehr Transparenz in diesem Prozess zu schaffen und schließlich passgenaue Verbesserungsmaßnahmen zu planen und umzusetzen, hat die Stadt Essen das Zusatzmodul „SchILD-BO“ entwickelt. Dort sollen Schulen Übergangsdaten eingeben und Informationen zur Berufsorientierung (BO) gebündelt werden. „Es soll den Schulen eine einfache und schülerbezogene Dokumentation der einzelnen Standardelemente der Berufsorientierung ermöglichen“, erklärte Schattberg die Ziele des Moduls. In der Datenbank wird beispielsweise festgehalten, ob die Schüler an einer Potenzialanalyse teilgenommen haben und einen Berufswahlpass besitzen. „Zudem möchten wir mit dem Zusatzmodul Daten in kumulierter Form generieren, die für die kommunale Koordinierung erforderlich sind“, so Schattberg. Das „SchILD-BO“-Modul wurde bereits an einigen Schulen getestet und wird derzeit überarbeitet. Im nächsten Schritt wird geschaut, wie sich der Aufwand der Dateneingabe für die Schulen möglichst gering halten lässt – damit sich viele von ihnen beteiligen und gemeinsam mit den Kommunen den Übergang gestalten.



Die Stadt Dortmund hat bereits 2009 angefangen, ein Übergangsmoitoring aufzubauen. Die Auswertung der erfassten Daten zeigte, dass bei etwa 1.000 Schülerinnen und Schülern nicht klar war, ob sie nach Abschluss der Sekundarstufe I an den Berufskollegs oder gymnasialen Oberstufen in der Stadt an- und damit ihrer Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr nachkommen. Deswegen führte Dortmund 2011 flächendeckend das System „Schüler Online“ ein, über das sich Jugendliche an Berufskollegs, Berufsschulen oder zur gymnasialen Oberstufe anmelden. Anhand der Auswertung der Anmeldungen bei „Schüler Online“ können die Kommunen nachvollziehen, wo die Schüler verbleiben.

„Schüler Online“ ermöglicht unter anderem eine Auswertung von Schulabschlüssen oder zeigt an, ob die Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben, liefert aber auch Informationen zu Angebot und Nachfrage von beruflicher Bildung, die auch auf Einzelschulebene abgerufen werden können.

„Die Daten werden genutzt, um Steuerungswissen zu generieren“, sagte Referentin Sandra Fitzen von der Stadt Dortmund. Mit den Daten als Grundlage erarbeiten der „Fachbereich Schule“ und der „Beirat Übergang Schule–Arbeitswelt“ Handlungsstrategien und entwickeln gezielte Angebote für einen besseren Übergang. „Mit den Daten aus ‚Schüler Online‘ können wir allerdings keine Verlaufsdaten bekommen. Die Auswertung erfolgt ex post“, betonte Fitzen.

Mit der computergestützten Auswertung von Übergangsdaten sind Dortmund und Essen auf einem guten Weg, diesen Prozess zu optimieren. „Es gibt viele Instrumente zur Erfassung und zum Monitoring von Daten, aber auch sehr viele Unsicherheiten und Fragen im Hinblick auf die Nutzung und mögliche Schnittstellen mit anderen Monitoringinstrumenten“, resümierte Christiane Siegel von der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung, die das Forum moderierte. „Hier müssen wir anknüpfen und daran arbeiten, gemeinsam die Datengrundlagen zum Übergang Schule–Beruf weiter zu verbessern.“



”

Wolfgang Wuwer, Stadt Bottrop

Bildungsmonitoring halte ich für sehr sinnvoll und notwendig, weil auf dieser Grundlage Daten systematisch erfasst werden und Veränderungen im Bildungssystem strukturiert ablaufen können. Auf der Veranstaltung „Bildung zählt!“ hat man Hintergrundinformationen und Ratschläge bekommen, wie man ein Bildungsmonitoring zukünftig zum Beispiel in Bottrop umsetzen könnte. Ich möchte gerne den Übergang von der Schule in den Beruf stärker in den Blick nehmen und schauen, wie dieser verläuft und wo wir uns verbessern müssen. Um eine gesicherte Antwort darauf zu bekommen, sind Daten unverzichtbar.



Bessere Chancen und bedarfsorientierte Maßnahmen durch Monitoring

Mithilfe des KECK-Atlas, eines Onlinemonitoringinstrumentes der Bertelsmann Stiftung, stellt die Stadt Mülheim an der Ruhr die Lebensbedingungen von Kindern in verschiedenen Stadtteilen dar. Durch die Analyse kleinräumiger Daten kann sie passgenaue Unterstützungsangebote machen.

Knapp jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Die Unterschiede sind nicht nur zwischen Bundesländern und Regionen groß, sondern variieren auch innerhalb einer Kommune dramatisch. Die verschiedenen Lebensbedingungen führen dazu, dass Kinder sich unterschiedlich entwickeln. Oft sind Mädchen und Jungen, die in armen Verhältnissen aufwachsen, gesundheitlich benachteiligt und haben nicht die gleichen Bildungschancen wie Kinder, die in einem besseren Wohnumfeld zu Hause sind. Um allen Kindern faire Chancen einzuräumen, müssen Lösungsansätze auf unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden. Kommunen kommt hierbei eine zentrale Aufgabe zu, weil sie „vor Ort“ sind und Unterstützungsleistungen für die Familien dort erbracht werden. Wie also kann eine Kommune das gelingende Aufwachsen aller Kinder gewährleisten, auch wenn die Bedingungen in den verschiedenen Sozialräumen, zum Beispiel Stadtteilen, ganz unterschiedlich sind? Dieser Frage gingen Referent Volker Kersting, Referatsleiter „Stadtforschung und Statistik“ der Stadt Mülheim an der Ruhr, und Referentin Christina Kruse, Projektmanagerin bei der Bertelsmann Stiftung, mit den rund 30 Teilnehmenden aus kommunalen Bildungsbüros, Bildungsinitiativen, Stiftungen und Universitäten nach.

Dazu stellten die Referenten den KECK-Atlas („Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder“) vor, ein wissenschaftlich erarbeitetes, kostenloses Onlinemonitoringinstrument der Bertelsmann Stiftung. Er visualisiert Informationen zu den Entwicklungsbedingungen und Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern innerhalb einer Kommune in Form von Karten, Tabellen, Diagrammen und Gebietsberichten. Dabei nimmt er die Themenfelder „Demografie der Kinder“, „Kindergesundheit“, „Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sowie Schule“ und „Lebsumfeld der Kinder“ in den Blick. Jede Kommune kann darüber hinaus eigene Indikatoren und Kennzahlen zusätzlich einstellen und die verschiedenen räumlichen Ebenen selbst definieren. Dazu pflegt die Kommune Kennzahlen aus unterschiedlichen Datenquellen ein. Anhand von Zeitverläufen ist es möglich, Entwicklungen zu beobachten. So stellen viele der bundesweit 19 Nutzerkommunen dar, wo die meisten Familien Hartz IV beziehen oder wie viele und welche Art an Kitas, Schulen und Freizeitangeboten es in einem Viertel gibt. Durch KECK wird somit mehr Transparenz über die Versorgung geschaffen und dabei geholfen, passende Freizeitangebote vor Ort zu schaffen.



Eine Analyse der Ist-Situation ist wichtig für die Bildungsplanung. „Oft glaubt man, die schwierigen Viertel und die Problemlagen einer Stadt zu kennen. Aber die Analysen der Sozialräume zeigen häufig ein anderes Bild“, sagte Referentin Christina Kruse. „Ein integriertes Sozialraummonitoring wie der KECK-Atlas kann ein detailliertes Bild schaffen, weil ein Diskurs in Gang gebracht wird: Die Daten der Sozialstatistik treffen auf das institutionelle und Erfahrungswissen in den Stadtteilen.“ Der Atlas hilft Politik, Verwaltung und Praktikern festzustellen, in welchen Stadtvierteln Kinder besondere Unterstützung benötigen, um dann gezielte Maßnahmen zu konzipieren und durchzuführen. Angesichts knapper Ressourcen wird es immer wichtiger, nach Bedarfen und Zielen zu steuern und nicht nach dem Gießkannenprinzip zu verfahren.

Besonders vorteilhaft ist Volker Kersting zufolge, dass es der KECK-Atlas ermöglicht, kleinräumige Strukturen zu betrachten. „Zu großflächige Informationen helfen nicht weiter, wenn man Zusammenhänge verstehen will. In Mülheim gibt es mehrere stark benachteiligte Bezirke, aber nirgendwo ist es wie im Durchschnitt. Erst wenn wir von der Vogelperspektive in die Frosch-

perspektive hineinzoomen, wie es mit KECK möglich ist, können wir auf Wirkungszusammenhänge schließen“, so der Referent. Und wo können Kommunen nun ansetzen, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben? Kersting: „Zum Beispiel beim Sport. Wir wissen vom positiven Einfluss von Sport auf Körper und Geist. Leider sind benachteiligte Kinder viel seltener in Sportvereinen. Wenn unsere Ärztinnen in der Schuleingangsuntersuchung feststellen, dass ein benachteiligtes Kind nicht im Sportverein ist, erhalten die Eltern einen Gutschein für eine kostenlose Mitgliedschaft.“ Eine kleine Maßnahme mit großer Wirkung – durch die die Stadt Mülheim an der Ruhr Schritt für Schritt mehr Chancengleichheit erreichen möchte.



„Bildungsmonitoring hilft, Problemlagen zu erkennen und Prozesse zu optimieren“

Isabell van Ackeren, Professorin für Bildungssystem- und Schulentwicklungsforschung an der Universität Duisburg-Essen, über die Ziele, Herausforderungen und Möglichkeiten von Bildungsmonitoring.

Frau Professorin van Ackeren, was versteht man eigentlich genau unter dem Begriff „Bildungsmonitoring“?

Ganz allgemein versteht man unter Bildungsmonitoring eine systematische, datengestützte und regelmäßig angelegte Beobachtung von Bildungsprozessen im Lebenslauf. Dabei werden die Rahmenbedingungen in den Blick genommen, es wird geschaut, welche Angebote es gibt, wie diese genutzt werden und welchen Ertrag sie haben. Beim Bildungsmonitoring werden nicht nur die vorschulische Bildung, die Schulzeit, berufliche Bildung, Hochschule und Weiterbildung beobachtet, sondern sinnvollerweise auch die informellen Bildungsprozesse, die außerhalb von Institutionen stattfinden.

Welches Ziel verfolgt Bildungsmonitoring?

Der zentrale Anspruch von Bildungsmonitoring ist es, der Verwaltung und Politik Hinweise zu geben, wo aktuell und zukünftig Handlungsbedarf besteht. Hierzu bietet sich unter anderem die Betrachtung von Zeitreihen an. Dabei werden Befunde für eine Region – zum Beispiel die Inklusionsquote an Regelschulen oder der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss – mit früheren Befunden für die gleiche Region verglichen und bewertet. Ebenso können die Befunde den Daten anderer Regionen gegenübergestellt werden. Man kann beispielsweise das Ruhrgebiet im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen ohne die Metropolregion Ruhr betrachten. Über Bildungsmonitoring lässt sich also auf empirischer Basis beschreiben, inwieweit Ziele, die zuvor durch Gesetze, Vereinbarungen oder politische Absichtserklärungen formuliert wurden, auch tatsächlich erreicht worden sind.

Wie wird Bildungsmonitoring in der Metropole Ruhr konkret umgesetzt?

Hier ist insbesondere der Bildungsbericht Ruhr zu nennen, der 2012 vorgelegt wurde. Zum Bildungsmonitoring in der Region gehört aber auch die geplante gemeinsame Studierendenbefragung der Hochschulen in der Metropole Ruhr. Darüber hinaus verfügen viele Bildungseinrichtungen über eigene Daten, die ihnen regelmäßig Auskunft über Entwicklungen geben. In den Hochschulen sind dies zum Beispiel Evaluationen von Lehrveranstaltungen, Analysen von Studienverläufen und Absolventenbefragungen. Zudem gibt es an einzelnen Standorten thematische Vertiefungen, etwa zum Übergang von der Schule in die Hochschule oder zur Diversität der Studierenden.

Was sind häufige Herausforderungen beim Bildungsmonitoring?

Probleme zeigen sich zumeist in der Verfügbarkeit von Daten beziehungsweise darin, dass die vorliegenden Daten für unterschiedliche Regionen nicht unbedingt vergleichbar sind. Ebenso fehlen Daten mit Individualbezug und Personenkennung. Diese sind jedoch nötig, um Entwicklungsverläufe und Brüche in Bildungskarrieren im Längsschnitt analysieren zu können. Dies scheitert in Deutschland allerdings auch am Datenschutz. Schwierig ist auch der Umgang mit beziehungsweise die Verfügbarkeit von kleinräumigen Daten. Sie können die Situation für Stadtteile, Quartiere oder sogar Wohnblocks beschreiben und sind deshalb besonders sinnvoll für ein Bildungsmonitoring –



denn Bildungschancen können sich auch innerhalb einer Kommune stark unterscheiden.

Welche Möglichkeiten und Perspektiven bietet ein Bildungsmonitoring für die Metropole Ruhr?

Es erscheint sehr sinnvoll, unterhalb der Ebene von Länderberichten ein Bildungsmonitoring für Regionen oder das Gebiet der einzelnen Schulträger zu erarbeiten. Schließlich sind die Schulträger unmittelbar in die Gestaltung der Schulentwicklung eingebunden. Außerdem sind immer mehr Kommunen nicht nur für die Verwaltung der Bildungseinrichtungen verantwortlich, sondern auch dafür, diese zu entwickeln und zu gestalten. Damit die Kommunen diese Aufgabe gut bewältigen können, brauchen sie einen ressortübergreifenden, empirisch fundierten Blick auf das Bildungssystem. Ein regionales Bildungsmonitoring hilft der Metropole Ruhr dabei, gemeinsame strategische Ziele mit Blick auf die Gestaltung einer attraktiven, sichtbaren Bildungslandschaft in einem der größten europäischen Ballungsräume zu gestalten, die ungünstigen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklungen entgegenwirkt. Darauf bezogen lassen sich durch ein regionales Monitoring Problemlagen und Entwicklungen erkennen, Übergangsprozesse optimieren und Hinweise erhalten, wie die Region gestärkt werden kann. Darüber hinaus ist es dadurch möglich, die Dichte und Vielfalt der Bildungsangebote nach außen darzustellen, etwa indem vorbildliche Praxisbeispiele beschrieben werden, deren Wirkungen positiv evaluiert wurden. Zu beachten ist aber, dass ein Bildungsmonitoring zunächst „nur“ den Zustand des Bildungssystems in bestimmten Perspektiven beschreibt. Es liefert noch keine konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Zustände. Deswegen müssen verschiedene Experten die Ergebnisse diskutieren und analysieren und dann im nächsten Schritt konkrete Maßnahmen planen und umsetzen. Bei der Analyse der Befunde sollten die Beteiligten Stärken und Herausforderungen identifizieren. Darauf aufbauend sollten sie gemeinsame und differenzierte Ziele formulieren, Handlungsmöglichkeiten identifizieren und dabei mögliche Synergien aufzeigen und nutzen – mit der Perspektive, den Standort Metropole Ruhr noch attraktiver zu machen.

Frau van Ackeren, vielen Dank für das Gespräch.

Das ausführliche Interview mit Frau Prof. Dr. van Ackeren finden Sie auf unserem Blog unter blog.ruhrfutur.de.

RuhrFutur, RVR, Kommunen: Gemeinsam für ein regionales Bildungsmonitoring

RuhrFutur und der Regionalverband Ruhr unterstützen Kommunen bei der Arbeit an einem gemeinsamen Bildungsmonitoring. Mit verschiedenen Projekten soll die Kooperation zwischen den Kommunen gefördert und ein regionales Bildungsmonitoring aufgebaut werden.



Im Jahr 2012 hat die Metropole Ruhr als erste Region in Deutschland einen kommunenübergreifenden Bildungsbericht vorgelegt. Damit ist sie einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer regionalen Bildungsberichterstattung bereits gegangen. Diese Entwicklung möchten RuhrFutur und der Regionalverband Ruhr (RVR) vorantreiben und engagieren sich deshalb gemeinsam aktiv für den Aufbau eines regionalen Bildungsmonitorings. Wie die Kooperation derzeit konkret aussieht, wie RuhrFutur und der RVR die Kommunen bei der Arbeit an einem Bildungsmonitoring unterstützen und wie die Städte und Gemeinden noch mehr voneinander lernen können, das präsentierten Dr. Markus Küpker und Julia Vollmer, tätig im Handlungsfeld Daten und Analysen bei RuhrFutur, sowie Paul Lawitzke, Teamleiter beim RVR, den mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die Referenten stellten zunächst ihre Arbeit an der Etablierung einer Onlineplattform vor. Auf dem Portal, das Ende des Jahres online gehen soll, werden gute Bildungsprojekte aus der Region präsentiert, nebeneinandergestellt und auf einer Karte visualisiert. „Wir haben festgestellt, dass es viele gute Bildungsprojekte und Initiativen auf kommunaler Ebene gibt, die aber überkommunal kaum sichtbar sind“, sagte Julia Vollmer. „Wir möchten diese Bildungsprojekte noch stärker sichtbar und vergleichbar machen.“



Das Portal richtet sich vorrangig an Bildungsexperten, Fachkreise und Entscheider aus der kommunalen und regionalen Bildungslandschaft. Was „gute Praxisprojekte“ sind, wird mit den Kommunen abgestimmt. Sie sind die ersten Ansprechpartner für die Benennung guter Praxisbeispiele. Mit dem Portal leisten RuhrFutur und der RVR einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Austausch und helfen den Städten und Gemeinden, gegenseitig voneinander zu lernen. „Im Idealfall bietet die Plattform einen Ansatzpunkt für den Transfer“, betonte Markus Küpker. Der RVR erhofft sich perspektivisch dadurch eine regionale Plattform zur Darstellung von Bildungsangeboten.

Weiterhin unterstützt RuhrFutur den RVR in der AG Bildungsmonitoring. „Wir haben in der Region bereits sehr gute bis hervorragende Tätigkeiten im Bereich des Bildungsmonitorings. Allerdings gibt es keine flächendeckende Bildungsberichterstattung in der Region und keine regionale Vergleichbarkeit im Gesamtmaßstab. Unser Ziel ist es deshalb, eine regionale Bildungsberichterstattung aufzubauen und zu verstetigen“, erklärte Paul Lawitzke vom RVR. Gemeinsam mit kommunalen Vertretern aus dem Statistikbereich und aus den Bildungsbüros erarbeiten der RVR und RuhrFutur derzeit einen Indikatorenkatalog. Dieser soll Basis für ein kommunenübergreifendes Bildungsmonitoring sein, welches einen regionalen Blick auf die Bildungslandschaft in der Metropole Ruhr ermöglicht.

In der AG diskutieren die Mitglieder unter anderem, welche Fragestellungen für die Kommunen beim Bildungsmonitoring wichtig sind, wie sich Ergebnisse präsentieren lassen und welche Daten regional verfügbar und für das Monitoring geeignet sind – ein zeitintensiver, aber notwendiger Prozess. „Manchmal ist die Arbeit zäh. Aber wir sind uns alle einig, dass wir – wenn wir nicht

alle in diesem Prozess mitnehmen – nicht zu einem gemeinsamen regionalen Bildungsmonitoring kommen“, betonte Teilnehmerin Ulrike Schönfeld-Nastoll, Bereichsleiterin für Statistik und Wahlen der Stadt Oberhausen und ebenfalls Mitglied der AG. Ihr und den Referenten zufolge ist es vorteilhaft, dass die AG-Mitglieder viele Erfahrungen mit verschiedenen Werkzeugen, Verfahren des Bildungsmonitorings und der Auswahl von Indikatoren und Daten gemacht haben. Durch den intensiven Austausch in der AG kann dieses Expertenwissen genutzt werden und in den Aufbau eines regionalen Bildungsmonitorings einfließen.

Zum Abschluss gaben die Referenten noch einen Ausblick auf die nächsten Arbeitsschritte. Der RVR plant eine Expertenbefragung und führt eine Umfrage zum Status des kommunalen Bildungsmonitorings durch. Ziel ist nicht zuletzt die Abstimmung der Aufgabenwahrnehmung im Bildungsmonitoring zwischen kommunaler und regionaler Ebene. Bei RuhrFutur werden – im Rahmen einer Abschlussarbeit – Bildungsberichte verglichen und analysiert. Auch daraus lassen sich wichtige Erkenntnisse ableiten, die für eine regionale Berichterstattung bedeutsam sind – und damit vielen Kommunen bei ihrer Arbeit an einem erfolgreichen Bildungsmonitoring zugutekommen.

Datenmonitoring erfasst Vielfalt und verbessert Studienangebote

An Hochschulen herrscht große Vielfalt. Um sie zu berücksichtigen und allen Studierenden ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen, führen die Universitäten in Bochum und Duisburg-Essen umfassende Befragungen durch. Damit können sie ihre Angebote besser an Studierende anpassen.



An Universitäten treffen vielfältige Studierende aufeinander – sie kommen aus verschiedenen Regionen, Nationen, Kulturkreisen und gesellschaftlichen Schichten. Damit sie alle die gleichen Chancen auf einen Studienerfolg haben, müssen Hochschulen die Vielfalt der Studierenden bewusst berücksichtigen und passgenaue Angebote für sie schaffen. Hierzu sind wiederum gesicherte Informationen notwendig. „Auf Hochschulebene sollten deshalb Daten erhoben werden, die mit dem soziodemografischen und persönlichkeitsbezogenen Profil eines Studierenden in Bezug gesetzt werden können“, sagte Referentin Dr. Judith Ricken von der Ruhr-Universität Bochum (RUB). Gemeint ist, dass Hochschulen beispielsweise den Wohnort, die Hochschulzugangsberechtigung, aber auch das Alter, Geschlecht und einen möglichen Migrationshintergrund einer Studentin oder eines Studenten mit weiteren Informationen verbinden und dann schauen, wie sie das Studium für sie oder ihn verbessern können. Gemeinsam mit Karl-Heinz Stammen von der Universität Duisburg-Essen (UDE) referierte Ricken vor 15 Teilnehmenden von Universitäten, Städten und Ministerien über Datenmonitoring an den beiden Ruhrgebiethochschulen.

Dort werden Vorlesungen und Seminare evaluiert und themen- und anlassbezogene Studierendenbefragungen durchgeführt. Daneben haben die RUB und die UDE auch zwei Panels aufgebaut, die nun im Rahmen der Initiative RuhrFutur die Basis für die Entwicklung einer gemeinsamen Studierendenbefragung

waren. Ab dem kommenden Wintersemester werden alle an RuhrFutur beteiligten Hochschulen – die Ruhr-Universität Bochum, die Universität Duisburg Essen, die Technische Universität Dortmund, die Fachhochschule Dortmund und die Westfälische Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen – eine gemeinsame Studieneingangsbefragung an den jeweiligen Hochschulen durchführen. Dabei geht es um den sozialen Hintergrund und die Bildungsgeschichte, den Übergang von der Schule zur Hochschule, die Studienmotivation, den Studienverlauf und die finanzielle Situation. Ziel der Befragung ist es, Angebote an den Universitäten besser an Studierende anzupassen, um ihnen ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen. Ein Ergebnis der bisherigen Befragungen der UDE beispielsweise war, dass sich etwa jeder dritte Studierende Sorgen macht, ob er das Studium schafft. Darauf hat die UDE reagiert, indem sie ein universitätsweites Mentoringsystem ins Leben gerufen hat, das Studierenden aller Fakultäten eine systematische, persönliche Beratung und Betreuung im gesamten Verlauf ihres Studiums ermöglicht.

Zum Datenmonitoring an den beiden Hochschulen gehören auch regelmäßige Absolventenbefragungen. Dort stehen unter anderem folgende Fragen im Fokus: Wie gelingt der Übergang vom Studium in den Beruf? Wie sehen der Verlauf und wie die Bedingung des Studiums aus? Durch diese Befragungen konnten die Hochschulen beispielsweise Informationen darüber gewinnen, ob die Regelstudienzeit eingehalten wurde. Wenn Absolventinnen

”



Brita Russack, Bildungsbüro Mülheim

Wir arbeiten in Mülheim besonders intensiv am Übergang von der Schule in den Beruf. Um zu sehen, ob unsere Maßnahmen erfolgreich sind, erstellen wir jedes Jahr einen Übergangsreport. Die Ergebnisse spiegeln wir den Schulen, damit sie wissen, wo sie stehen, was ihnen gut gelingt und wo sie sich verbessern können. Wichtig ist unserer Erfahrung nach, dass das Monitoring kontinuierlich stattfindet und tatsächlich Antworten auf Fragen gibt, die für die Kommune und die Akteure bedeutsam sind. Einfach nur irgendwelche und zu allgemeine Daten zu sammeln und sie anschließend nicht zu nutzen macht keinen Sinn.



und Absolventen die Regelstudienzeit überschritten haben, so wird den Daten zufolge deutlich, dass viele von ihnen ihr Studium hauptsächlich durch eigenen Verdienst finanziert haben und die Regelstudienzeit deswegen nicht einhalten konnten. „Daraufhin hat die Universität beschlossen, die E-Learning-Angebote weiter auszubauen und Studiengänge nachhaltig durch einen medienpädagogisch sinnvollen Einsatz von E-Learning-Bausteinen so qualitativ zu verbessern und zu flexibilisieren“, erklärte Referent Karl-Heinz Stammen. „Gleichzeitig zeigen die Befragungen aber auch, dass in manchen Fächergruppen das Studium häufig aus inhaltlichem Interesse freiwillig verlängert wird“, ergänzt Judith Ricken – ein Ergebnis, das die Fakultäten hinsichtlich der Qualität ihrer Angebote bestärkt.

Wie die Befragungen an der RUB und UDE zeigen, ist ein Datenmonitoring ein wichtiger Schritt, um der Vielfalt und Heterogenität der Studierenden gerecht zu werden. Denn es gibt Aufschluss darüber, wie und an welchen Stellen im Studium Studierende individuell unterstützt werden müssen und wo strukturelle Anpassungen der Studiengänge nötig sind. „Um die Wirksamkeit des Datenmonitorings zu erhöhen, wäre es hilfreich, bei der Einschreibung mehr Daten, zum Beispiel zur Bildungsherkunft der Studierenden, erfassen zu können. Das ist aus datenschutzrechtlichen Gründen allerdings nicht möglich“, betonte Referentin Judith Ricken. Aus den Ergebnissen der Befragungen lassen sich wertvolle Informationen gewinnen, die helfen, entsprechende

Handlungsempfehlungen zur Verbesserung zu entwickeln. Die Studierendenbefragungen, die an den fünf Standorten ab dem kommenden Wintersemester durchgeführt werden, ermöglichen es darüber hinaus, die Daten von den Hochschulen zu vergleichen. Dies ist gewinnbringend, weil sie möglicherweise vor ähnlichen Herausforderungen stehen und somit von- und miteinander lernen können.

Bildungsmonitoring: eine kreisweite Aufgabe

Im Kreis Recklinghausen haben zehn Städte und Gemeinden die Entwicklungswerkstatt Monitoring gegründet und ein kreisweites Bildungsmonitoring eingerichtet. Damit möchte der Kreis die Bildungssituation vor Ort unterstützen.



Viele Städte und Gemeinden wollen ein Monitoring betreiben, um ihr Bildungssystem zu verbessern. Gerade für kleinere Gemeinden ist das oft problematisch, weil ihnen nicht immer die finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stehen. Auch Kreise haben ein großes Interesse am Monitoring und einer datengestützten Steuerung. Allerdings können sie die erforderlichen Daten für das Monitoring nur mithilfe ihrer Städte und Gemeinden zusammenstellen. Um diesen beiden Herausforderungen zu begegnen, haben der Kreis Recklinghausen und seine Städte und Gemeinden gemeinsam ein kreisweites Bildungsmonitoring eingerichtet. Wie das in der Praxis aussieht, präsentierten Klaus Herrmann von der Stadt Recklinghausen, Norbert Johrendt von der Stadt Herten und Marit Rullmann vom Kreis Recklinghausen den 27 Teilnehmenden aus Verwaltungen und Universitäten. Neben der Bildungskonferenz und dem Lenkungskreis ist das Bildungsbüro ein zentrales Gremium des regionalen Bildungsnetzwerkes im Kreis Recklinghausen. Es umfasst Castrop-Rauxel, Datteln, Dorsten, Gladbeck, Haltern am See, Herten, Marl, Oer-Erkenschwick, Recklinghausen und Waltrop.

Der Kreis Recklinghausen hat sich an dem Projekt „Lernen vor Ort“ beteiligt. Das regionale Bildungsbüro hat 2010 die Entwicklungswerkstatt Monitoring als ein Arbeitsgremium ins Leben gerufen. Dort tagen unter anderem Vertreterinnen und Vertreter aller zehn Städte in regelmäßigen Abständen. Sie bereiten kreisweit aktuelle Themen und die dazugehörigen Datengrundlagen auf, diskutieren darüber, nehmen eine gemeinsame Indikatoren-Auswahl vor und sorgen für ein kreisweites Datenmanagement. Seit 2010 gibt es im Kreis Recklinghausen eine regelmäßige Bildungsberichterstattung, deren Ergebnisse in der jährlichen Bildungskonferenz sowie in Ausschüssen des Kreises und der Städte als datenbasierte Handlungsgrundlage präsentiert werden. In den

vergangenen Jahren lieferten die Berichte Informationen zur frühkindlichen Bildung, den allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Bildung. „Es ist spannend zu sehen, wo man mit seiner eigenen Stadt steht und wie anders die Situation vielleicht ein paar Städte weiter schon wieder ist“, sagte Referent Klaus Herrmann. Der dritte Bildungsbericht soll 2017 erscheinen, er wird keinen Gesamtüberblick geben, sondern einen thematischen Schwerpunkt behandeln. Mögliche Themen sind Inklusion oder die Zuwanderung von Kindern und Jugendlichen und deren Einbindung in die schulische und außerschulische Bildung.

Beim Monitoring arbeitet der Kreis Recklinghausen mit unterschiedlichen Daten. Dazu gehören neben der Landesdatenbank von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) auch die Bildungs- und Sozialberichterstattungen des Landes und das Integrationsmonitoring NRW. Darüber hinaus wird ein webbasiertes Informationssystem der „Gemeinsamen Kommunalen Datenzentrale“ sowie die Gesundheitsberichterstattung des Kreises Recklinghausen genutzt, und es werden eigene kommunale Erhebungen eingebunden, die zum Beispiel in den Bereichen Kita und Ganzttag gemacht wurden.

Die Grenzen eines Bildungsmonitorings liegen in der Verfügbarkeit von Daten. So sind beispielsweise kleinräumige Daten, mit denen man Stadtteile vergleichen kann, nur eingeschränkt vorhanden. Auch auf Schuldaten können Kommunen nur teilweise zugreifen. Die Städte Recklinghausen und Herten haben viel in die Sprachförderung der Kinder investiert. Eine anonymisierte Auswertung von Daten aus der Verwaltungsdatenbank „SchILD“ und den Lernstandserhebungen könnte Auskunft darüber geben, ob sich beispielsweise Investitionen der Kommunen lohnen: Anhand der Angaben zum

”



Heike Klautke, Jobcenter Mülheim

Ich halte Bildungsmonitoring für sehr sinnvoll. Bei meiner Arbeit im Jobcenter habe ich viel mit Schulabgängern zu tun. Dafür ist es wichtig, auch statistisch zu untersuchen, welche Perspektiven Jugendliche haben, die in sozial schwachen Verhältnissen aufgewachsen sind. Anhand der Auswertung kann man sehen, wie viele von ihnen die Schule und den Übergang in den Beruf wirklich schaffen. Die Ergebnisse des Monitorings würden es uns ermöglichen, gezielt gegensteuern und individuelle Fördermaßnahmen entwickeln zu können.

Migrationshintergrund der Eltern oder zum Lernstand der Kinder könnte man Rückschlüsse darauf ziehen, inwiefern ein Sprachförderbedarf bei den Kindern besteht und sich Investition auszahlen oder schon ausgezahlt haben. Allerdings sind solche Erhebungen nicht zulässig. „Die dringend notwendige integrierte systemübergreifende Bildungsplanung von Schulen, Schulaufsicht und Schulträger erfordert an dieser Stelle eine Neuorientierung“, sagte Marit Rullmann. Trotz dieser Herausforderungen hat der Kreis Recklinghausen durch das Monitoring neue Möglichkeiten gefunden, sein Bildungssystem zu steuern und zu verbessern. Wie wichtig Daten für diesen Prozess sind, betonte auch Referent Klaus Herrmann: „Wir in Recklinghausen verstehen uns als Bildungsstadt. Es ist uns wichtig, mit den Zahlen zu arbeiten.“



„Monitoring ermöglicht Steuerung
und Weiterentwicklung
des Bildungssystems“

Steuerung in der Metropole Ruhr

Professor Hans Döbert, Experte für Bildungsmanagement, über den Nutzen, die Umsetzung und Grenzen des kommunalen Bildungsmonitorings.

Herr Döbert, warum sollten Kommunen ein Bildungsmonitoring einrichten? Welchen Nutzen hat es für sie?

Beim Bildungsmonitoring geht es ja darum, Daten über Bildung zu sammeln und diese Daten mit empirisch-wissenschaftlichen Methoden zu analysieren. Durch ein Monitoring lassen sich valide Informationen gewinnen, die für die Weiterentwicklung des Bildungssystems wichtig sind. Dabei werden Daten verschiedener kommunaler Einrichtungen nicht getrennt voneinander betrachtet, sondern zusammengeführt und gemeinsam analysiert. Dadurch kann das Bildungssystem insgesamt gesteuert werden und nicht nur einzelne Bereiche. Außerdem können politische Verantwortliche in den Kommunen auf der validen Informationsbasis vernünftig argumentieren und Entscheidungen treffen, die auch standhalten.

Wie wird ein kommunales Bildungsmonitoring sinnvollerweise aufgebaut?

Zunächst ist es wichtig, dass es für das Bildungsmonitoring einen politischen Auftrag gibt, zum Beispiel vom Gemeinde- oder Stadtrat. Dann ist es wichtig zu klären, was die Kommune überhaupt mit dem Bildungsmonitoring erreichen und auf welche Fragen sie eine Antwort bekommen möchte – zum Beispiel warum es so viele Schulabgänger nicht in den Beruf schaffen oder wie Bildungsübergänge bei Kindern aus bildungsfernen Schichten aussehen. Darüber müssen alle gemeinsam mit der kommunalen Verwaltungsebene beraten, die in irgendeiner Weise in der Kommune mit Bildung zu tun haben, also die Kirchen, die Handwerkskammer, die Bundesagentur für Arbeit, aber auch die Kinder und Jugendlichen selbst. Je eher, je besser und je breiter diese Gruppen am Anfang einbezogen sind, umso günstiger und erfolgreicher werden das Monitoring und das Ergebnis, mit dem man hinterher aufwartet.

Wenn die Kommune sich auf eine klare Fragestellung geeinigt hat, müssen Daten dazu gesammelt werden. Welche Daten sollten in das Bildungsmonitoring einfließen?

Das hängt von der Fragestellung ab. Die Kommunen nutzen eigene Daten, aber auch amtliche Statistiken oder Bildungsdatenbanken. Brauchbar sind auch Daten der Einschulungsuntersuchung oder solche aus Ländervergleichen, zum Beispiel von der Überprüfung der Bildungsstandards. Grundsätzlich muss man immer schauen, ob die Daten verlässlich sind, ob sie zusammenpassen und natürlich ob sie überhaupt verfügbar sind.

Und worauf muss man bei der Analyse der Daten achten?

Dabei ist es wichtig, dass sie auf wissenschaftlichen Grundlagen basiert. Entscheidend ist auch, dass ein Monitoring nicht nur einmal durchgeführt wird, sondern die Daten kontinuierlich erhoben und analysiert werden. Nur so lassen sich Trends ablesen und Handlungsempfehlungen ableiten. Nach dem Monitoring ist also immer auch vor dem Monitoring.

Welche Grenzen hat das Bildungsmonitoring?

Mit dem bisherigen Monitoring kann man eine situative Darstellung liefern, aber keine Verlaufsdarstellung. Man weiß also nicht, wie sich eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen, die ein



bestimmtes Verhalten oder eine Auffälligkeit bei der Einschulung gezeigt haben, später im Verlauf verhält – also, ob es später Probleme gibt, wann diese auftauchen und so weiter. Um das mit Gewissheit sagen zu können, braucht man Individualdaten, am besten sogar Individualdaten mit Personenkennung. In Österreich und Hessen und teilweise auch in Rheinland-Pfalz werden diese Daten für das Bildungsmonitoring zur Verfügung gestellt, in NRW ist das bisher nicht der Fall. Anhand dieser Daten kann man genau sehen, warum Bildungsverläufe erfolgreich sind, wo es Brüche gibt, und kann die Dinge in einen Zusammenhang bringen. Ohne diese Daten können wir nur vermuten, dass es Zusammenhänge gibt – wir wissen es aber nicht sicher.

Ist die Nutzung dieser Individualdaten im Hinblick auf den Datenschutz nicht bedenklich?

Nein. Mit der heutigen Informationstechnik und den verfügbaren Codierungsverfahren kann definitiv ausgeschlossen werden, dass diese Informationen missbräuchlich genutzt und einzelne Personen identifiziert werden. Zudem können wir nicht länger zulassen, dass ein Teil der Kinder und Jugendlichen im Bildungssystem nicht erfolgreich ist, zumal wir ja dringend Fachkräfte brauchen. In dieser Situation ist es sinnvoll, die Brüche in den Bildungsbiografien der Jugendlichen zu identifizieren. So kann man ihnen helfen, sie zukünftig zu vermeiden, und dann ist der Bildungserfolg sehr wahrscheinlich sehr viel höher.

Was halten Sie von einem regionalen Bildungsmonitoring, wie es in der Metropole Ruhr gemacht wird?

Die regionale Ebene macht Sinn, weil es viele Kommunen gibt, die – gerade in bestimmten regionalen Kontexten – ähnliche Ausgangslagen, Probleme und Herangehensweisen haben. Da ist es gewinnbringend, diese in einem regionalen Bildungsmonitoring zusammenzuführen und Synergieeffekte zu erzielen. Das ist auf jeden Fall eine wichtige Unterstützungsmaßnahme, eine gute Orientierung und Ergänzung zum kommunalen Bildungsmonitoring – konkret entschieden und gesteuert wird allerdings auf der jeweiligen kommunalen Ebene.

Herr Döbert, vielen Dank für das Gespräch.

Das ausführliche Interview mit Herrn Prof. Dr. Döbert finden Sie auf unserem Blog unter blog.ruhrfutur.de.



Forum 7: Räumlich segregierte Bildungschancen im Lichte des Strukturwandels in NRW

Von der Vergangenheit für die Zukunft lernen

Wissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum untersuchen mit einem Forschungsprojekt, wie sich die Bildungslandschaft Ruhr in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat. Erstmals nehmen sie kleinräumige Daten unter die Lupe, um Handlungsempfehlungen für die Zukunft geben zu können.

Der Bildungsbericht Ruhr hat gezeigt, dass die Bildungschancen in der Metropole Ruhr ungleich verteilt sind. So haben Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern oft nicht die gleichen Bildungschancen wie Gleichaltrige aus Akademikerfamilien. Gab es diese soziale Benachteiligung schon immer? Wie hat sich die Bildungslandschaft in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt? Hat sich der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialstrukturellen Bedingungen mit der Zeit verändert? Um die Beantwortung dieser und weiterer Fragen geht es in dem von der Stiftung Mercator geförderten Forschungsprojekt „Wege zur Metropole Ruhr“, das Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler und Sebastian Jeworutzki von der Ruhr-Universität Bochum den rund 50 Teilnehmern vorstellten.

Das Projekt untersucht die kleinräumige Entwicklung des Ruhrgebiets von 1970 bis 2011 und legt den Fokus dabei auf den Wandel der Bildungslandschaft Ruhr. „Wir möchten herausarbeiten, wie sich die sozialräumlichen Stadtstrukturen auf die Bildungschancen der Menschen auswirken“, sagte Referent Sebastian Jeworutzki. Dabei ist es



auch ein Anliegen, den Einfluss des Strukturwandels auf das Leben und die Bildung der Menschen zu berücksichtigen. Von der Betrachtung der vergangenen 40 Jahre versprechen sich beide Wissenschaftler bedeutsame Erkenntnisse für die Zukunft. „Wir möchten nach Abschluss des Projektes konkrete Handlungsempfehlungen und Materialien für die zukünftige Entwicklung der Bildungslandschaft bereitstellen“, so der Referent.

Das Projekt besteht aus zwei Arbeitspaketen und nutzt verschiedene methodische Ansätze. Die „räumlich segregierten Bildungschancen“ werden anhand einer kleinräumigen Zeitreihenanalyse auf Grundlage von Zensus- und Schuldaten vom Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) untersucht. Hierbei geht es zum Beispiel um die Entwicklung der Bevölkerung und die soziale Lage und darüber hinaus auch um Schüler- und Abgängerzahlen sowie den Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Dem „gesellschaftlichen Wandel in den Augen der Bewohner“ gehen die Forscher unter anderem mit qualitativen Interviews nach, in denen Menschen zu ihrer Biografie befragt werden. Eine wichtige Ergänzung des Vorhabens erfolgt durch das von der Brost Stiftung geförderte Partnerprojekt „Heimat im Wandel“, welches von der JoScha Kulturprojekte gGmbH durchgeführt wird. Hier werden Fotografien von 600 Standorten in 45 Stadtteilen aus den Jahren 1972 und 2012 verglichen, um zu veranschaulichen, wie sich das Ruhrgebiet in dieser Zeit gesellschaftlich und wirtschaftlich verändert hat. „Unser Methodenansatz ist kleinräumig, weil wir zum Beispiel Stadttei-

le untersuchen, umfassend, weil wir verschiedene Datenquellen integrieren, und historisch, weil wir mittel- und langfristige Prozesse betrachten, die aktuelle Phänomene wie Bildungsarmut begründen“, so Jeworutzki.

Eine große Herausforderung bei diesem Forschungsprojekt ist es, flächendeckende Daten im Zeitverlauf zu beschaffen. Zudem müssen Daten über die soziale Lage und Informationen zur Bildungssegregation miteinander verknüpft werden. „Wir erwarten mit den vorhandenen und stellenweise noch zu komplettierenden kleinräumigen Daten den Wandel von 40 Jahren aufzeigen zu können, was bislang einmalig wäre, betonte Referent Prof. Dr. Jörg-Peter Schräpler.

„Das Interesse an historischen Daten ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen“, sagte Dr. Stephan Boes von IT.NRW, der in einem zweiten Vortrag kurz den Landesbetrieb vorstellte. IT.NRW unterstützt das Bochumer Forschungsprojekt mit zahlreichen Informationen, beispielsweise mit Basisdaten der amtlichen Schulstatistik. Diese geben Auskunft über die Zahl der Schulen, Schüler und Lehrer sowie über den Unterricht. „Das Schulwesen ist im ständigen Wandel und damit auch dessen statistisches Abbild“, gab Referent Boes zu bedenken. Dies sei bei der Arbeit mit Daten stets zu berücksichtigen. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass das Projekt „Wege zur Metropole Ruhr“ aussagekräftige Informationen zur Entwicklung der Bildungslandschaft Ruhr in den vergangenen Jahrzehnten liefert, die für die Zukunft von großer Bedeutung sind.



”



**Ulrike Schönfeld-Nastoll,
Stadt Oberhausen**

Bildungsmonitoring ist ein Muss! Es ist zum Beispiel eine wichtige Grundlage für die Arbeit in politischen Gremien. Für ein gutes Monitoring sind aber auch viele Dinge zu beachten. Neben der Berücksichtigung des Datenschutzes sollte man bei den jeweiligen Fragestellungen und Indikatoren immer schauen, welche Daten sinnvoll, qualitativ gut und überhaupt verfügbar sind. Denn Letzteres ist leider nicht immer der Fall.

Bildungserfolg durch Daten stärken und steuern

Augsburg ist eine Großstadt mit einem der höchsten Armutsrisiken in Bayern. Armut kann sich negativ auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen auswirken. Um dort gegenzusteuern und allen eine gute Bildung zu ermöglichen, führt die Stadt ein umfassendes, datenbasiertes Monitoring durch.



Augsburg gehört zu den finanzschwächeren Großstädten in Bayern mit entsprechend eingeschränktem Handlungsspielraum. Etwas über 40 Prozent der 268.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Migrationshintergrund, bei Kindern und Jugendlichen sind es rund 60 Prozent. Teilhabechancen und Bildungserfolg von Mädchen und Jungen sind sehr ungleich verteilt und noch nicht zufriedenstellend gegeben.

Über Sozial- und

Bildungsberichterstattung kann aufgezeigt werden, dass nicht gegebene Teilhabechancen und Bildungserfolg vielmehr an Armut und Krisen in der Familie liegen und nicht durch Migrationshintergrund erklärbar sind.

Bei dem Ziel, allen Kindern dieselben Bildungs- und Teilhabechancen zu ermöglichen, stößt das Schulsystem an seine Grenzen. Denn dabei spielen nicht nur die formalen Bildungsinstitutionen eine zentrale Rolle, sondern auch die non-formale Bildung, die im Alltag stattfindet und oft unterschätzt wird.

Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, hat die Stadt Augsburg als Basis ein Bildungsmonitoring eingeführt. Das ermöglicht Verantwortlichen aus Politik, Verwaltung und Praxis, Probleme zu identifizieren und passgenaue Verbes-

serungsmaßnahmen zu entwickeln. Wie datenbasierte Steuerung in einer Stadt aussehen kann, also wie Befunde und Empfehlungen aus einem Bildungsmonitoring Eingang in die Praxis finden, das stellte Referent Klaus Maciol von der Stadt Augsburg den 15 Teilnehmenden aus Kommunen, Hochschulen und von Stiftungen vor. Moderiert wurde das Forum von Katja Geerdes und Dr. Stefanie Hildebrandt von den Transferagenturen für Großstädte, die Teil der „Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement“ sind. Ihre Aufgabe ist es, bundesweit Städte über 250.000 Einwohner unter anderem bei der Etablierung oder Weiterentwicklung eines Bildungsmonitorings zu beraten und ihnen zu helfen, geeignete Modelle und Konzepte zu entwickeln. RuhrFutur arbeitet ebenfalls eng mit den Transferagenturen zusammen.

Augsburg hat ein Monitoring entwickelt, das auf einer Bildungsberichterstattung und einem Bildungsindex beruht. Mittlerweile gibt es zwei Bildungsberichte. Der erste Bericht enthielt lediglich Daten zur Schulsituation im Allgemeinen, also beispielsweise Informationen zu Schülerzahlen oder Abschlüssen. Dem zweiten, im Jahr 2012 veröffentlichten Bericht liegt ein umfassenderes Bildungsverständnis zugrunde. Grundlage dafür sind die „European lifelong learning indicators“ der Bertelsmann Stiftung, die Lernen als einen lebensphasenübergreifenden und möglichst ganzheitlichen Prozess verstehen. Für das Bildungsmonitoring wurde von der Stadt Augsburg ein Bildungsindex neu entwickelt, der Armutsaspekte und Krisen in der Familie mitberücksichtigt.

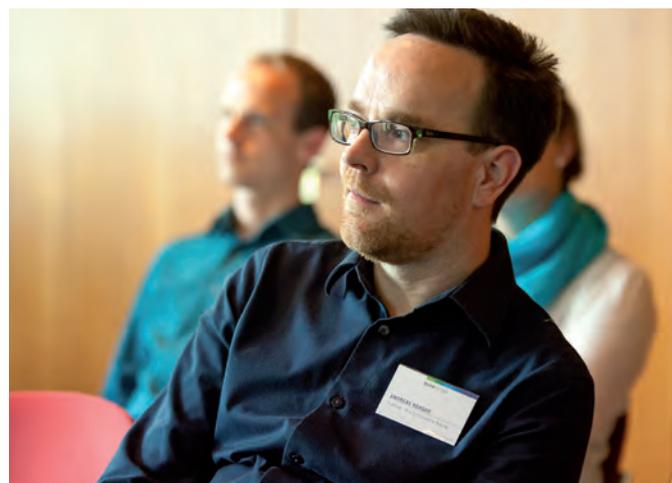
Bei der Erstellung der Kennzahlen des Index orientierte sich die Stadt am Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings von „Lernen vor Ort“ und einer Handreichung zum Aufbau eines Sozialmonitorings der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement. „Eine Bildungsberichtserstattung muss mit der Sozialberichtserstattung zusammen erfolgen“, betonte Referent Klaus Maciol.

Indikatoren des Augsburger Bildungsindex sind zum Beispiel der Kindergartenbesuch vor der Einschulung, die Befreiung von der Kindertagesstättengebühr, Hilfen zur Erziehung und mit weniger Gewichtung der Migrationshintergrund von Grundschulern. „Der Bildungsindex gibt anhand von verschiedenen Kennzahlen, die mit sozialwissenschaftlichen Methoden aufbereitet wurden,



Ein weiteres Beispiel für die datenbasierte Steuerung ist die Nutzung des Sommer-Ferienprogramms. Dies war vor allem für Kinder gedacht, die in Stadtgebieten mit hohem Indexwert leben, da deren Familien sich oft keine Ferienreisen leisten können. Überraschenderweise nutzten das Angebot vor allem Kinder aus „besseren“ Stadtteilen mit geringem Indexwert. Familien mit Migrationshintergrund reisen in den Sommerferien oft in ihre Heimat und können deswegen nicht an den Angeboten teilnehmen. Zudem fanden die Angebote aufgrund der weniger geeigneten und weniger vorhandenen Grün- und Freiflächen selten in den Stadtteilen der eigentlichen Zielgruppen statt. Deswegen haben die zuständigen Fachbereiche umgesteuert und bieten nun mehr Programme in den Oster- und Herbstferien an. Zudem werden häufiger Angebote in Kooperation mit den örtlichen Grundschulen in den „schwierigen“ Stadtteilen realisiert.

Anhand von Augsburg wurde deutlich, wie es Städten, die vergleichsweise schlechte Ausgangsbedingungen haben – auch außerhalb von NRW – gelingt, mithilfe eines Monitorings die Bildungs- und Teilhabechancen aller Kinder zu erhöhen und die Bildungslandschaft weiterzuentwickeln.



einen Hinweis darauf, welche Grundvoraussetzungen Kinder haben, die in die Grundschule kommen“, so Maciol. Die gewonnenen Erkenntnisse können genutzt werden, um die Bildungssituation zu verbessern. „Eine Steuerung über Daten ist möglich, wenn das Jugendamt, das Staatliche Schulamt und die Politik eng zusammenarbeiten“, betonte der Referent.

Der Bildungsindex verdeutlichte beispielsweise auch, dass öffentliche Spiel- und Freizeitflächen in „schwierigen“ Stadtteilen nur selten vorhanden sind. Aufgrund dieser Daten will das Grünflächenamt sich darum kümmern, dass Frei- und Grünflächen für Kinder in diesen Stadtteilen eine deutlich höhere Bedeutung zukommt.





Datenschutzbeauftragte sind keine Spielverderber

Da beim Bildungsmonitoring zahlreiche Daten verwendet werden, spielt dabei auch der Datenschutz eine zentrale Rolle. Welche Funktionen er hat, welche Prinzipien ihm zugrunde liegen und wie es gelingt, datenschutzkonforme Lösungen zu finden, erklärte Karsten Neumann, ehemaliger Landesdatenschutzbeauftragte, in seinem Vortrag.

„Datenschutz macht Spaß. Nach diesem Vortrag werden Sie ein Datenschutzfan sein“ – mit diesem Versprechen eröffnete Karsten Neumann seinen Vortrag mit dem Titel „Und es geht doch: Daten schützen und nutzen“. Getreu diesem Motto erklärte der 48-Jährige zunächst die Grundlagen des Datenschutzes und räumte gleichzeitig mit weitverbreiteten Irrtümern auf, die Neumann zufolge einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema häufig im Wege stehen. „Viele Menschen denken, dass im Projekt nichts mehr geht, wenn der Datenschützer mit an Bord ist“, sagte Neumann, der selbst sechs Jahre lang Landesdatenschutzbeauftragter von Mecklenburg-Vorpommern war und nun in einer Bonner Unternehmensberatung tätig ist, die sich auf Datenschutz spezialisiert hat. Dabei ist es eigentlich umgekehrt: „Datenschutz verbietet nicht, sondern erlaubt die Nutzung von Daten und stellt dafür bestimmte Bedingungen auf.“

Persönlichkeitsrechte und die Würde des Menschen wahren

Diese Bedingungen resultieren aus Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes. Darin heißt es, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt oder gegen Gesetze verstößt. Auf den Datenschutz bezogen bedeutet das, dass jeder selbst entscheiden soll, welche Daten zu welchem Zweck von wem über ihn gespeichert, verarbeitet und weitergege-

ben werden. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts, das sich mit den Fragen des Datenschutzes schon 1983 auseinandersetzte, kann die moderne Informations- und Kommunikationstechnik in die Würde des Menschen eingreifen – und muss deshalb reguliert werden. „Das ist der Fokus von Datenschutz. Es geht nicht um Daten, sondern um Persönlichkeitsrechte, und diese müssen gewahrt werden“, erklärte Neumann.

Weil das Zusammenleben ohne Daten nicht funktionieren würde, gibt es Ausnahmen. Das Recht auf informelle Selbstbestimmung darf eingeschränkt werden, wenn es im „überwiegenden Allgemeininteresse“ ist – was genau das bedeutet, hat der Gesetzgeber festzulegen. Zudem muss es bei der Arbeit mit Daten Maßnahmen geben, die verhindern, dass Daten missbraucht werden. Neumann: „Es geht beim Datenschutz nicht darum, den Gebrauch von Daten zu verbieten, sondern darum, den möglichen Missbrauch zu verhindern.“

Der Datenschutz nimmt ausschließlich personenbezogene Daten in den Blick. Das sind Einzelangaben, die bestimmten Personen eindeutig zugeordnet werden können. „Je mehr Daten elektronisch verfügbar sind, je spezifischer diese Daten sind, je kleinteiliger und kleinräumiger sie sind, desto höher ist die Gefahr, dass sie personenbezogen sind“, sagte Neumann.



Ob diese personenbezogenen Informationen erhoben werden dürfen, müssen Datenschützer im Sinne des Rechts auf informelle Selbstbestimmung und auf der gesetzlichen Grundlage entscheiden.

Prozesse dokumentieren, Datenschutzbeauftragten einbinden

Aber wer ist überhaupt für den Schutz der Daten verantwortlich? Hier liegt die Verantwortung bei demjenigen, der die Daten selbst erhebt oder erheben lässt, manchmal sind es auch mehrere Stellen. Neumann rät deshalb allen, die mit personenbezogenen Daten arbeiten, also beispielsweise ein Bildungsmonitoring erstellen, die gesetzlich erforderliche Verfahrensbeschreibung für alle konkreten Festlegungen zu nutzen, also konkret festzuhalten, wer für die Datenverarbeitung verantwortlich ist, für welchen Zweck welche Daten erhoben, an wen diese vermittelt und wann sie gelöscht werden.



Wie das in den Projekten konkret aussehen kann und worauf sonst noch zu achten ist, dazu können die behördlichen Datenschutzbeauftragten Auskunft geben, die jede kommunale und landesweite Institution hat. „Das sind die wichtigsten Ansprechpartner“, so Neumann. Denn: Diese beantworten Fragen rund um den Datenschutz, beraten die Institutionen bei Verfahren, die personenbezogene Daten erfassen, überwachen Vorschriften und besprechen Handlungsoptionen mit den Verantwortlichen. „Damit die Datenschutzbeauftragten ihre Aufgaben erfüllen können, müssen sie frühzeitig beteiligt werden“, betonte der Fachmann und fügte hinzu: „Das ist keine Drohung, sondern ein Angebot! Die Datenschutzbeauftragten sind keine Spielverderber, sondern vermitteln Handlungssicherheit und sorgen dafür, dass die Verfahren eingehalten werden.“ Daten zu nutzen und sie vor Missbrauch zu schützen geht also zusammen – und die Lösung dafür sind die Datenschutzbeauftragten! Neumann: „Wenn Sie gemeinsam mit ihnen eine datenschutzkonforme Lösung erarbeiten, die zu ihren Zielen passt, mit der Sie Daten erheben und nutzen dürfen, dann versichere ich Ihnen, macht Datenschutz auch Spaß!“

RUHRFUTUR



STIFTUNG
MERCATOR

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen



RuhrFutur

RuhrFutur ist eine gemeinsame Bildungsinitiative der Stiftung Mercator, der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, der Städte Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Herten und Mülheim an der Ruhr sowie der Ruhr-Universität Bochum, der Fachhochschule Dortmund, der Technischen Universität Dortmund, der Universität Duisburg-Essen und der Westfälischen Hochschule. Ihr Ziel ist eine Verbesserung des Bildungssystems in der Metropole Ruhr, um allen Kindern und Jugendlichen im Ruhrgebiet Bildungszugang, Bildungsteilhabe und Bildungserfolg zu ermöglichen. Als zentrale Plattform bindet RuhrFutur bereits bestehende Bildungsinitiativen ein und vernetzt diese miteinander. So werden vor allem der Wissens- und Erfahrungstransfer zwischen den einzelnen Kommunen und den Hochschulen verbessert und daraus resultierende Erkenntnisse allgemein zugänglich gemacht.

www.ruhrfutur.de

Über den Regionalverband Ruhr

Der Regionalverband Ruhr (RVR) mit Sitz in Essen ist der Zusammenschluss der elf kreisfreien Städte Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und der vier Kreise Recklinghausen, Unna, Wesel und Ennepe-Ruhr mit rund 5,1 Millionen Einwohnern. Der RVR gestaltet seit 1920 den Wandel im Ruhrgebiet. So ist der Verband für die Regionalplanung in der Metropole Ruhr zuständig. Der RVR erhebt und analysiert Geo-, Struktur- und Klimadaten. Er ist Träger regionaler Projekte wie der Route der Industriekultur, des Emscher Landschaftsparks sowie regionaler Kultur- und Sportprojekte. Zusammen mit seinen kommunalen Partnern trägt er sieben Revier- und Freizeitparks. Zu seinen Aufgaben gehören die regionale Wirtschafts- und Tourismusförderung, Freiraumentwicklung, Klimaschutz, Verkehrsentwicklungsplanung, Vernetzung der kommunalen Europaarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit. Durch Projekte zur Umweltbildung möchte der RVR besonders Kinder und Jugendliche für Natur- und Umweltschutz sensibilisieren. Seit 2012 kümmert sich der RVR auch um das Thema Bildung. Unter anderem entwickelt er gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen und unterstützt von RuhrFutur ein regionales Bildungsmonitoringsystem.

www.metropoleruhr.de

Impressum

FUTUR:

02/2015

Herausgeber

RuhrFutur gGmbH
Huysenallee 52
45128 Essen
Tel.: 0201 177878-0
info@ruhrfutur.de

Verantwortlich

Daniel Laprell (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Julia Vollmer, Dr. Markus Küpker, RuhrFutur
Frauke König, Köln

Grafisches Konzept/Layout

flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH

Druck

Druck & Medien Schreiber GmbH
Kolpingring 3
82041 Oberhaching

Bildnachweis

Titelseite: Masterfile Deutschland GmbH
Simon Bierwald, Sascha Kreklau

Essen, Oktober 2015

RuhrFutur gGmbH
Huysenallee 52
45128 Essen
Tel.: 0201 177878-0
Fax: 0201 177878-20
info@ruhrfutur.de

www.ruhrfutur.de